

Gambia: Überblick über Korruption und Korruptionsbekämpfung

Von Mathias Bak

Herausgeber der Reihe: Saul Mullard, Marr Nyang und Jorum Duri

U4 Anti-Korruptions-Ressourcenzentrum, Chr. Michelsen Institut (U4 Helpdesk Antwort 2021:11)

U4-Helpdesk wird von Transparency International, der weltweiten Koalition gegen Korruption, betrieben.

Als Präsident Adama Barrow 2017 an die Macht kam, keimte die Hoffnung auf eine gute Regierungsführung in Gambia auf. Obwohl die neue Regierung einen ermutigenden Start hingelegt hat, muss sie noch viele ihrer Versprechen in Bezug auf gute Regierungsführung einlösen. Zu den bemerkenswerten Reformen gehören eine größere Unabhängigkeit der Justiz und die Einrichtung von Mechanismen der Übergangsjustiz, wie die Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission sowie die Janneh-Kommission, die Finanzverbrechen des ehemaligen Präsidenten Yahya Jammeh und seiner Verbündeten untersuchte. Die Nationalversammlung hat kürzlich das Gesetz über den Zugang zu Informationen verabschiedet und arbeitet seit langem an einem Gesetzentwurf zur Korruptionsbekämpfung, hat aber auch den Verfassungsentwurf für 2020 abgelehnt. Der zivilgesellschaftliche Raum hat sich seit 2017 ebenfalls erweitert, aber es gibt Anzeichen für einen demokratischen Rückschritt. In einigen Fällen wurde gegen Aktivisten relativ hart vorgegangen, und Journalisten wurden misshandelt.

Die wichtigsten Punkte

Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex 2020 von Transparency International erreicht Gambia 37 von 100 Punkten, was eine deutliche Verbesserung gegenüber 2016 bedeutet, als das Land 26 von 100 Punkten erreichte.

Die Nationalversammlung hat kürzlich das Gesetz über den Zugang zu Informationen verabschiedet, was ein wichtiger Schritt zu mehr Transparenz in der Regierung ist. Allerdings hat die Nationalversammlung viele andere institutionelle und rechtliche Reformen, die für den politischen Wandel erforderlich sind, nicht verabschiedet, so dass der Rahmen für die Korruptionsbekämpfung in Gambia schwach ist.

Der zivilgesellschaftliche Raum hat sich seit dem Regierungswechsel im Jahr 2017 erweitert. Die bürgerlichen Freiheiten sind jedoch noch nicht vollständig gefestigt, und es gibt erste Anzeichen für einen Rückschritt in der Demokratie.

Hintergrund

1994 führte ein junger Offizier namens Yahya Jammeh einen Staatsstreich an und stürzte die erste Regierung Gambias nach der Unabhängigkeit. Jammeh und sein Militärrat versprachen eine transparente und rechenschaftspflichtige Regierung und ein

Ende der ihrer Meinung nach grassierenden Korruption (Darboe 2021b). Die Herrschaft Jammehs war jedoch durch starke staatliche Unterdrückung und endemische Korruption gekennzeichnet. Das Regime setzte regelmäßig inoffizielle Geheimdiensteinheiten, so genannte "Jungler", ein, um die Opposition zum Schweigen zu bringen, und schürte durch Folter, Massenhinrichtungen und Entführungen ein Klima der Angst (Maclean und Jammeh 2021).

Im Laufe der Jahre wuchs Jammehs Kontrolle über die staatlichen Institutionen und die staatlichen Unternehmen, wodurch das politische System personalistisch wurde. Mächtige, dem Präsidenten nahestehende Klientelnetzwerke betrieben ungestraft Korruption im großen Stil (Sharife und Anderson 2019).

Im Jahr 2016 wurde Jammeh bei den Präsidentschaftswahlen vom Oppositionsführer Adama Barrow besiegt. Nachdem er die Niederlage zunächst eingeräumt hatte, widersprach Jammeh die Anerkennung des Wahlergebnisses und weigerte sich, zurückzutreten. Die Wirtschaftsgemeinschaft Westafrikanischer Staaten (ECOWAS) leitete eine Militärintervention ein, um eine friedliche Machtübergabe zu gewährleisten. Jammeh räumte schließlich seine Niederlage ein und ging ins Exil nach Äquatorialguinea. Gegen ihn und seine Frau wurden von mehreren westlichen Mächten, darunter auch den Vereinigten Staaten, gezielte Sanktionen wegen Menschenrechtsverletzungen und Korruption verhängt (US-Finanzministerium 2020).

Jahrelange Misswirtschaft und Korruption haben die Institutionen und die Wirtschaft Gambias schwer geschädigt und die Verwaltungsstrukturen des Landes stark geschwächt (BTI 2020). Jammehs Militär vernachlässigte die öffentlichen Dienstleistungen erheblich und plünderte gleichzeitig die Staatskassen.

Korruption beseitigte Anreize für Investitionen, Entwicklung und private Unternehmen (BTI 2020). Im Jahr 2015 lebte fast die Hälfte (48,6 %) der gambischen Bevölkerung in extremer Armut (Weltbank 2018). Die Fähigkeit des Staates, inländische Einnahmen zu mobilisieren, ist begrenzt (wenn auch nicht inexistent), und Dienstleistungen wie die Gesundheitsversorgung sind im ganzen Land ungleichmäßig verfügbar (BTI 2020). Derzeit hat Gambia einen Human Development Index Score von 0,49 und liegt damit deutlich unter dem Durchschnittswert der afrikanischen Länder südlich der Sahara von 0,547 (UNDP 2020). Eine bemerkenswert hohe Zahl von Gambiern ist ohne Dienstleistungen wie medizinische Versorgung, und vielen fehlt es immer noch an Infrastruktur wie fließendem Wasser, Strom und Abwasser (Afrobarometer 2019: 6)

Als Adama Barrow als Präsident vereidigt wurde, bezeichnete er dies als einen Sieg der Demokratie (Mwakideu 2020). Mit dem Regierungswechsel hat Gambia einige Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie gemacht: Die Zivilgesellschaft, freie Medien und die Bürgerbeteiligung haben zugenommen. Internationale Wahlbeobachter lobten die Parlamentswahlen 2017 als relativ frei und fair (Freedom House 2020).

Wie der unmittelbare Anstieg der Punktzahl Gambias in den Indizes der "Varieties of Democracy" zeigt, hat der politische Übergang zu einem enormen demokratischen Fortschritt in Gambia geführt. Öffentliche Umfragen stützen diese allgemein positive Einschätzung und zeigen, dass sich die Gambier im Allgemeinen freier fühlen als zuvor (BTI 2020). Im Jahr 2020 gaben 55 % der Gambier an, dass sie glauben, dass

gewählte Beamte entweder "manchmal", "oft" oder "immer" zuhören (Jaw und Isbell 2020a).

Die neue Koalitionsregierung hat damit begonnen, das politische Klima im Land zu verbessern und Reformen einzuleiten, die den demokratischen Wandel beschleunigen sollen (Rahman 2019). So hat die gambische Regierung 2018 ihren nationalen Entwicklungsplan 2018-2021 veröffentlicht. Der Plan zielt darauf ab, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wiederherzustellen, für Übergangsjustiz zu sorgen und den Sicherheitssektor des Landes zu reformieren, um gute Regierungsführung, sozialen Zusammenhalt und wirtschaftliche Entwicklung zu fördern (Shaban 2018).

Die Regierung hat auch Initiativen wie die Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungskommission und die Kommission zur Überprüfung der Verfassung ins Leben gerufen, um die Versöhnung zu fördern, vergangenes Unrecht anzugehen und unterdrückende Gesetze zu reformieren (Jaw und Isbell 2020b). Die Kommission hat eine Schlüsselrolle bei der Aufdeckung des Ausmaßes des Missbrauchs und der Untergrabung der Rechtsstaatlichkeit durch das Jammeh-Regime gespielt. Die Kommission zur Überprüfung der Verfassung hat einen Reformentwurf für Gambia erarbeitet, der die unterdrückerischen Gesetze der Jammeh-Ära abschafft und eine Verfassung schafft, die dem demokratischen Wandel förderlicher ist (Nabaneh 2020).

Die Commission of Inquiry into the Financial Activities of Public Bodies, Enterprises and Offices as Regards Their Dealings with Former President Yahya A. J. Jammeh and Connected Matters, besser bekannt als Janneh-Kommission, hatte den Auftrag, das Ausmaß und den Umfang der großen Korruption in Gambia während der Regierungszeit Jammehs aufzuzeigen (siehe Justizministerium, ohne Datum). Im Jahr 2017 hat das gambische Justizministerium auf der Grundlage "vorläufiger Erkenntnisse" der Janneh-Kommission 200 Vermögenswerte eingefroren. Auch in den Vereinigten Staaten sind Vermögensbeschlagnahmungen im Gange (Associated Press 2020). Diese Beschlagnahmungen sind jedoch "nur die Spitze des Eisbergs" (Tamadou in Akwei 2017).

Insgesamt hat die gambische Regierung versprochen, die Gewaltenteilung zu stärken und eine unnötige Einmischung der Exekutive in andere Bereiche der Regierung zu vermeiden. Die richterliche Unabhängigkeit und die allgemeine Professionalität der Gerichte haben sich in den letzten Jahren erheblich verbessert, aber es steht noch ein größerer Test aus, um zu prüfen, wie unabhängig die Justiz ist (BTI 2020). Auch die Nationalversammlung scheint eher bereit zu sein, ihre Befugnisse zur Kontrolle der Exekutive zu nutzen als in der Vergangenheit (BTI 2020).

Die jüngsten Entwicklungen sind jedoch nicht nur positiv. Ein Streitpunkt ist das 2017 gegebene Versprechen von Präsident Barrow, ein Übergangspräsident zu sein und nicht länger als drei Jahre im Amt zu bleiben. Einmal an der Macht, entschied sich Barrow dafür, seine gesamte fünfjährige Amtszeit zu bleiben (MacLean und Jammeh 2019). Dies löste große Proteste in Gambia aus, und Kritiker behaupten nun, Barrow versuche, "Jammeh zu schmeicheln, indem er ihn nachahmt" (Grey-Johnson 2019).

Ein weiteres Problem ist das langsame Tempo der Reformen. Kritiker behaupten, es sei zu wenig getan worden, um die Korruptionsbekämpfung voranzutreiben und auf die Erkenntnisse der Janneh-Kommission zu reagieren (Bah 2021). Die Einziehung

von Vermögenswerten geht so langsam voran, dass sie kaum die Betriebskosten der Kommission selbst gedeckt hat (Grey-Johnson 2019). Darüber hinaus müssen einschlägige Anti-Korruptionsgesetze wie das Anti-Korruptionsgesetz noch im Parlament verabschiedet werden, während das lang erwartete Gesetz über den Zugang zu Informationen gerade erst verabschiedet wurde.

Schließlich gibt es einige Lücken in Bezug auf die Geschwindigkeit und Effizienz des Prozesses der Übergangsjustiz. Obwohl die Wahrheits- und Versöhnungskommission und die Janneh-Kommission hochrangige Persönlichkeiten für vergangene Verbrechen zur Verantwortung gezogen haben, wurde eine Reihe von Personen, die für Jammeh gearbeitet haben, nicht bestraft, und einige sind weiterhin in der Regierung tätig (Grey-Johnson 2019).

Auch die Reform des Sicherheitssektors und die Reform der Steuertransparenz, zwei Schlüsselbereiche der Korruptionsbekämpfung und des demokratischen Wandels, sind nur sehr langsam vorangekommen (MacLean und Jammeh 2019).

Darüber hinaus hat sich in der gambischen Politik nach Jammeh Fraktionszwang eingeschlichen, und die sozialen Spannungen halten sich unter der Oberfläche (Jaw, Isbell 2020). Gambia ist zwar eine multiethnische Gesellschaft ohne eine Geschichte interethnischer Gewalt, aber es besteht die Sorge, dass politische Parteien die ethnische Identität zu einer Bruchlinie im Land machen könnten (Freedom House 2020; BTI 2020). Insbesondere in der Endphase von Jammehs Präsidentschaft nutzten Politiker ethnische und religiöse Identitätspolitik, um ihre Unterstützung zu sichern (BTI 2020). Inwieweit sich Gambia als säkulares Land (das von den meisten Christen und religiösen und sexuellen Minderheiten bevorzugt wird) oder als islamisches Land bezeichnen sollte, ist ebenfalls Gegenstand einer ernsthaften Debatte (Jaw, Isbell 2020; Freedom House 2020).

Darüber hinaus ermöglichen es die Gesetze aus der Jammeh-Ära auch neuen Regierungen, gegen Kritik vorzugehen. In den letzten Jahren haben Polizei und Armee auf eine Reihe von Protesten hart reagiert (BTI 2020). In den schlimmsten Fällen hat die Behandlung von Aktivisten der Zivilgesellschaft und Journalisten Erinnerungen an die jüngste autoritäre Vergangenheit geweckt (Grey-Johnson 2019).

Ausmaß der Korruption

Korruption ist in Gambia trotz Verbesserungen in den letzten Jahren nach wie vor ein ernstes Problem. Auf dem Korruptionswahrnehmungsindex (CPI) erreicht das Land einen Wert von 37 von 100 und liegt damit auf Platz 93 von 180 Ländern (Transparency International 2020). Dieser Wert ist wesentlich besser als 2016, als Gambia 26 von 100 Punkten erreichte. Dies zeigt, dass sich der CPI seit dem Amtsantritt der neuen Regierung deutlich verbessert hat.

Auf dem Mo Ibrahim Index of African Governance 2020 erreicht Gambia eine Gesamtbewertung von 55 von 100 Punkten und liegt damit auf Platz 16 von 54 Ländern. In den letzten Jahren hat sich die Bewertung Gambias in diesem Index verbessert. Die Werte für Rechenschaftspflicht und Transparenz (42,9) und Korruptionsbekämpfung

(50,7) liegen jedoch unter dem Durchschnittswert des Landes von 55 (Ibrahim Index of African Governance 2020).

Die Leistung des Landes bei den weltweiten Governance-Indikatoren der Weltbank folgt einem ähnlichen Trend. Die Werte für die Regierungsführung in Gambia schwankten zwischen 2014 und 2019 zwischen -2,5 und +2,5. Insgesamt hat sich Gambia verbessert, aber immer noch negative Werte bei den Indikatoren für Korruptionskontrolle (-0,69 im Jahr 2014 bis -0,29 im Jahr 2019), Rechtsstaatlichkeit (-0,69 bis -0,37) und Effizienz der Regierung (-0,67 bis -0,63). Die deutlichste Verbesserung gab es beim Indikator für Mitspracherecht und Rechenschaftspflicht (-1,27 auf -0,22), obwohl der Wert immer noch negativ war (Weltbank 2020).

In der Afrobarometer-Umfrage von 2018 gaben 46 % der Gambier an, dass die Korruption in den vergangenen 12 Monaten entweder "etwas" oder "sehr" abgenommen hat; 15 % glaubten, dass sie gleich geblieben ist, und 32 % glaubten, dass die Korruption entweder etwas oder sehr zugenommen hat (Afrobarometer 2018). Ebenso waren 54 % der Befragten der Meinung, dass die Regierung die Korruption ziemlich oder sehr gut bekämpft, während 37 % der Meinung waren, dass die Regierung keine gute Arbeit bei der Korruptionsbekämpfung leistet (Afrobarometer 2018). Bemerkenswert ist, dass 66 % der Befragten des Global Corruption Barometer glauben, dass normale Menschen etwas gegen Korruption unternehmen können (Transparency International 2019).

Insgesamt hat sich die Leistung Gambias bei verschiedenen Governance-Indikatoren seit dem politischen Übergang im Jahr 2017 verbessert, was darauf hindeuten könnte, dass sich das Land in die richtige Richtung einer guten Regierungsführung bewegt.

Art der Korruptionsherausforderungen

Große Korruption

Die große Korruption ist in Gambia seit zwei Jahrzehnten systemimmanent. Die klientelistischen Netzwerke des ehemaligen Präsidenten Jammeh regierten Gambia angeblich "wie ein Syndikat des organisierten Verbrechens" und sollen rund 1 Milliarde US-Dollar aus dem Land geplündert oder veruntreut haben (Sharife und Anderson 2019).

Laut dem ersten von der Janneh-Kommission veröffentlichten Weißbuch veruntreute, unterschlug und verschwendete die frühere Regierung rund 305 Millionen US-Dollar (Janneh-Kommission 2019a: 17-18). Das Organised Crime and Corruption Reporting Project (OCCRP) hat jedoch Beweise dafür veröffentlicht, dass Jammeh und sein Netzwerk mindestens 1 Milliarde US-Dollar aus staatlichen Einrichtungen veruntreut haben (Sharife und Anderson 2019).

Schätzungsweise 369 Millionen US-Dollar wurden aus dem staatlichen Telekommunikationsunternehmen und weitere 356 Millionen US-Dollar aus dem illegalen Holzeinschlag entwendet. Eine beträchtliche Summe wurde auch aus der Auslandshilfe, verschiedenen Sozialversicherungsfonds und staatlichen Unternehmen abgezweigt

(Sharife und Anderson 2019). Im achten Band der Berichtsserie der Janneh-Kommission werden die Unternehmen, die bei Jammehs kleptokratischen Machenschaften eine wichtige Rolle spielten, detailliert beschrieben.

Insbesondere Jammehs Einfluss auf die Zentralbank von Gambia ermöglichte ihm den Zugang zu einer Vielzahl von Konten und die Einrichtung mehrerer Schwarzgeldkonten innerhalb der Bank. Die besondere Zugangsregelung ermöglichte es Jammeh auch, beträchtliche Geldbeträge aus den Reserven der Zentralbank auf seine schwarzen Kassen und persönlichen Konten zu verschieben. Jammeh zweigte Geld aus dem Consolidated Revenue Fund, dem International Gateway Account, der von Gamtel, einem staatlichen Telekommunikationsunternehmen, genutzt wurde, und zahlreichen anderen Konten ab (Janneh Commission 2019b). Gleichzeitig war die Zentralbank hoch verschuldet, wobei die Zinszahlungen fast 40 % der Gesamtausgaben der Bank ausmachten (Sharife und Anderson 2019). Insgesamt war bekannt, dass Jammeh 89 Bankkonten kontrollierte. Der erste und zweite Band des Janneh-Berichts (siehe Janneh-Kommission 2019b) geben einen detaillierteren Überblick über diese Konten und die über sie abgewickelten Transaktionen.

Darüber hinaus gründete der Ex-Präsident mindestens 10 Unternehmen (eine Praxis, die nach der geltenden Verfassung verboten ist). Diese Unternehmen hielten sich in der Regel nicht an die gesetzlichen Bestimmungen oder zahlten keine Steuern und erhielten oft unlautere Vorteile in ihren jeweiligen Sektoren (siehe Janneh-Kommission 2019b: 25-34). Die Beschaffungspraktiken verstießen in eklatanter Weise gegen die gesetzlichen Bestimmungen, wie im siebten Band der Berichtsserie der Janneh-Kommission ausführlich dargelegt wird (Janneh-Kommission 2019b).

Jammeh gab generell Geld für einen verschwenderischen Lebensstil aus. Nach Angaben des US-Justizministeriums, das in einer Reihe von Fällen der Beschlagnahme von Vermögenswerten tätig ist, besaß Jammeh mindestens 281 Immobilien (Associated Press 2020).

Zu den weiteren Personen aus Jammehs innerem Kreis, die angeblich eine Schlüsselrolle bei der Korruption in Gambia spielten, gehören Sulayman Badjie, ein Militärgeneral, der die logistischen Kapazitäten für die Schmuggeloperationen der Regierung (insbesondere mit Holz) bereitstellte, sowie zwei der Hisbollah nahestehende Geschäftsleute namens Mohamed Bazzi und Ali Charara, die virtuelle Monopole im Telekommunikations- und Ölsektor besaßen (Sharife und Anderson 2019; Janneh Commission 2019). Zu den weiteren Beschuldigten gehören Isatou Njie Saïdy, ehemalige Vizepräsidentin und stellvertretende Vorsitzende der Operation Save the Children und der NRO Janneh Foundation for Peace, die beide in korrupte Geldtransfers verwickelt waren (Janneh-Kommission 2019c: 95-96), sowie Amadou Abdoulie Samba, ein prominenter Rechtsanwalt und Geschäftsführer einer gambischen Zementfabrik. Hochrangige Beamte, insbesondere in der Zentralbank und den Sicherheitsdiensten, arbeiteten mit Jammehs korrupten Netzwerken zusammen. Die spezifischen Aktivitäten und die Namen der 38 wichtigsten Personen werden in dem 270 Seiten langen zweiten Kapitel des neunten Berichts der Janneh-Kommission detailliert untersucht.

Zwar gibt es keine stichhaltigen Beweise dafür, dass diese Art von Korruption seit dem Sturz Jammehs anhält, doch Aktivisten und Kommentatoren sind der Meinung, dass sie immer noch vorkommt und dass die derzeitige Regierung oft nur zögerlich reagiert

(Bah 2021). Ein möglicher neuer Fall ist die Veruntreuung von zweckgebundenen COVID-19-Mitteln. Der Gesundheitsminister Ahmadou Lamin Samateh hat beispielsweise behauptet, dass einige nicht näher bezeichnete Beamte "Geister"-Gesundheitsarbeiter erfunden haben, um Geld zu veruntreuen (APA 2020).

Kritiker weisen auch darauf hin, dass viele von Jammehs Komplizen straffrei geblieben sind und immer noch in der Wirtschaft, der Politik oder beim Militär tätig sind. So gibt es beispielsweise Vorwürfe, dass Mohamed Bazzi, ein wichtiges Mitglied von Jammehs Patronagenetzwerk, nicht nur immer noch in Gambia Geschäfte macht, sondern auch Verbindungen zu Barrows Regierung geknüpft hat (Grey-Johnson 2019). Der Gouverneur der Zentralbank von Gambia von 2010 bis 2017, Amadou Colley, wurde ebenfalls nicht für seine Rolle bei den Veruntreuungen bestraft (Grey-Johnson 2019).

Andere Personen, die in die großen Korruptionsfälle verwickelt waren, haben ihre Karrieren fortgesetzt und sogar noch ausgebaut. Ein ehemaliger Diplomat der gambischen Botschaft in Taiwan, die Jammeh im Gegenzug für die staatliche Anerkennung angeblich Hilfe geleistet hat, wurde zum Finanzminister Gambias befördert (Grey-Johnson 2019, Stand 2021).

Darüber hinaus hat sich die Regierung von Gambia einige Jahre nach dem politischen Wandel dafür entschieden, eine Reihe umstrittener Verträge fortzuführen, die von der früheren Regierung unter höchst verdächtigen Umständen geschlossen wurden. Dazu gehört ein Vertrag mit dem belgischen Unternehmen Semlex, das biometrische Pässe und Ausweisdokumente herstellt. Kritikern zufolge wurde der Vertrag ohne ein echtes öffentliches Ausschreibungsverfahren und von Ministern unterzeichnet, die möglicherweise ernsthafte Interessenkonflikte hatten (Sharife 2018).

Geringfügige Korruption

Geringfügige Korruption ist in Gambia immer noch ein weit verbreitetes Problem. Im Globalen Korruptionsbarometer für Afrika (2015-2019) gaben 21 % der gambischen Befragten an, in den letzten 12 Monaten bei der Inanspruchnahme einer öffentlichen Dienstleistung ein Schmiergeld gezahlt zu haben. Die Institutionen mit den höchsten Raten an wahrgenommener Korruption sind die Polizei (38 %), Richter und Staatsanwälte (25 %) und Regierungsbeamte (23 %) (Transparency International 2019). In der Tat gaben 20 % der Gambier, die 2018 polizeiliche Hilfe in Anspruch nahmen, an, Schmiergeld gezahlt zu haben (Afrobarometer 2019). Gleichzeitig zahlten 8 % derjenigen, die Gesundheitsdienstleistungen in Anspruch nahmen, und 13 % derjenigen, die Wasser-, Abwasser- oder Stromdienstleistungen in Anspruch nahmen, im Jahr 2018 ein Bestechungsgeld (Afrobarometer 2019: 5-7).

Korruptionsanfällige Sektoren

Judikative und Rechtsstaatlichkeit

Nach 20 Jahren Diktatur ist die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz eine der obersten Prioritäten für Gambia. Auf dem Rechtsstaatlichkeitsindex des World Justice Project erreichte Gambia im Jahr 2020 einen Wert von 0,50 auf einer Skala von 0 bis 1. Gambia schnitt damit etwas besser ab als der regionale Durchschnitt (0,47) für Subsahara-Afrika und belegte weltweit Rang 78 von 128 Ländern (World Justice Project 2021). Der Bericht für das Jahr 2020 war das erste Jahr, in dem das Land bewertet wurde, und mögliche Fortschritte werden in den kommenden Jahren zu verzeichnen sein.

Eines der Haupthindernisse für die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und der Unabhängigkeit der Justiz in Gambia ist die Verfassung von 1997, die eine Reihe von Immunitätsklauseln enthält, die bestimmte Mitglieder des Sicherheitsapparats vor der Verfolgung durch öffentliche Gerichte schützen (Darboe 2021). So hat der Militärerrat beispielsweise eine Reihe von Dekreten erlassen, wonach der Nationale Nachrichtendienst nicht vor Gericht gestellt werden kann. Nach Angaben von Anwälten, die vor dem Wahrheits-, Versöhnungs- und Wiedergutmachungsausschuss ausgesagt haben, wurde die Verfassung von 1997 52 Mal geändert, meist mit dem Ziel, Jammehs Verbündete vor Strafverfolgung zu schützen (Darboe 2021). Viele dieser Änderungen stellten nicht nur Mitglieder des Sicherheitssektors über das Gesetz, sondern sorgten auch für erhebliche Verwirrung unter den Juristen (Darnoe 2021).

Der Militärerrat sorgte dafür, dass die in der Verfassung von 1997 vorgesehenen Maßnahmen zur Korruptionsbekämpfung in der Praxis gegen Regimekritiker, Dissidenten und nicht loyale Beamte eingesetzt wurden (Darboe 2021). So wurde beispielsweise das Gesetz zum Verbot von Fehlinformationen genutzt, um interne Informanten und Regimekritiker ins Visier zu nehmen, während die Gesetze gegen Wirtschaftskriminalität gegen ehemalige Mitarbeiter der Vorgängerregierungen eingesetzt wurden (Darboe 2021).

Justiz, Rechtsstaatlichkeit und Unabhängigkeit der Justiz wurden auch auf außergesetzliche Weise untergraben. So fabrizierte der Geheimdienst beispielsweise Beweise und bestach Zeugen in Gerichtsverfahren. Das frühere Regime schüchterte auch häufig Anwälte ein und verhaftete sie sogar, wenn sie sich nicht an die Anweisungen hielten (Darboe 2021).

Alles in allem hatte das frühere Regime wenig Respekt vor der Unabhängigkeit der Justiz. Als Jammeh 2014 einen neuen Obersten Richter Gambias ernannte, spottete er über den Begriff der richterlichen Unabhängigkeit und behauptete: "Es gibt keine unabhängige Justiz - es ist nicht wahr, dass die Justiz unabhängig ist" (Jammeh in The Point 2014). Die Anwaltskammer stellte sich häufig gegen Jammeh, und seine persönliche Verachtung für die Kammer war kein Geheimnis (Darboe 2021). Richter waren oft nur kurze Zeit im Amt und wurden häufig ohne andere Gründe als mangelnde politische Loyalität entlassen (Rickard 2019).

In den letzten Jahren wurden nicht nur die Missbräuche der Vergangenheit verstärkt unter die Lupe genommen, sondern auch einige der Immunitätsklauseln durch wichtige Urteile aufgehoben. Im Januar 2021 entschied der Oberste Gerichtshof Gambias, dass ein Mitglied des ehemaligen Militärrats, das bekanntermaßen einen Mord begangen hatte, aufgrund der Immunitätsklausel in der Verfassung von 1997 nicht mehr vor Strafverfolgung geschützt ist (Janko 2021). Das Urteil könnte einen Präzedenzfall dafür schaffen, dass die Immunitätsklauseln zum Schutz ehemaliger Regimeangehöriger als verfassungswidrig angesehen werden (Janko 2021). Sollte dies der Fall sein, wäre dies sicherlich ein großer Sieg für die Rechtsstaatlichkeit und die Unabhängigkeit der Justiz in Gambia. Auch die ECOWAS hat begonnen, misshandelte Richter zu entschädigen, wie den nigerianischen Richter Joseph Wowo, der 2014 in Gambia wegen Korruption seines Amtes enthoben und inhaftiert wurde (angeblich, weil er versucht hatte, einen Korruptionsfall zu verfolgen) (Rickard 2019).

Die Justiz hat in letzter Zeit Entscheidungen gegen die Regierung getroffen. So entschied der Oberste Gerichtshof kürzlich gegen eine Darlehensregelung im Staatshaushalt, die darauf abzielte, Parlamentsmitglieder und Parlamentsmitarbeiter persönlich zu begünstigen (Cham 2021). Ob dies ein Zeichen für wachsende Unabhängigkeit ist, bleibt abzuwarten.

Trotz der jüngsten Verbesserungen gibt es im gambischen Justizwesen immer noch erhebliche Altlasten. Eines der größten Probleme ist der eingeschränkte Zugang zur Justiz für viele Gambier, die mit finanziellen Zwängen zu kämpfen haben. Die staatlich finanzierte Rechtshilfe ist begrenzt, und viele kostenlose Rechtshilfesysteme gibt es überwiegend nur in der Hauptstadt Banjul. Die Regierung hat das Prozesskostenhilfegesetz eingeführt, das den Zugang zur Justiz in Gambia verbessern könnte. Bei der Umsetzung des Gesetzes gibt es jedoch erhebliche Ressourcenbeschränkungen (Gray 2018).

Sicherheitssektor und Reform des Sicherheitssektors

Die Umgestaltung des gambischen Sicherheitssektors ist ein unverzichtbares Element der Übergangsjustiz und ein Hauptpfeiler des nationalen Entwicklungsplans des Landes. Es steht viel auf dem Spiel, da den Institutionen des Sicherheitssektors weithin Misstrauen entgegengebracht wird und sie in der Vergangenheit als Vollstrecker der repressivsten Politik der Regierung Jammeh fungierten (siehe ISSAT 2019). Einige spekulieren, dass es im Militär noch viele Jammeh-treue Elemente gibt und dass diese Fraktionen das Potenzial haben, politische Instabilität zu schaffen (Freedom House 2020).

Im Jahr 2017 behauptete der senegalesische General, der für die ECOWAS-Mission in Gambia (ECOMIG) verantwortlich ist, eine laufende Militärintervention, die von der ECOWAS eingeleitet wurde, als Jammeh sich weigerte, sein Amt aufzugeben, dass diese Fraktionen in der Armee in Kontakt mit Jammeh stünden und eine aktive Bedrohung für die Regierung Barrow darstellten (Shaban 2017).

Die Sicherheitsinstitutionen sind selbst Opfer von Korruption (Mutungadura 2020: 2). Sie wurden absichtlich schwach, unkoordiniert und unprofessionell gehalten, um ihre Einbindung in Jammehs Patronagenetzwerke zu erleichtern (Jagger 2020). Die

verschiedenen Institutionen des Sicherheitssektors wurden oft über die Aktivitäten der anderen im Unklaren gelassen und hatten selten eine klar formulierte Strategie oder ein Mandat, das sich darauf beschränkte, die Wünsche des Regimes zu erfüllen (Jagger 2020).

Die Reform des Sicherheitssektors (SSR) in Gambia umfasst acht Institutionen, darunter die Polizei, die Armee, die Nachrichtendienste und die Feuerwehren. Ziel der Reform ist es, die zivile Kontrolle über den Sicherheitssektor zu fördern und sicherzustellen, dass der Sicherheitssektor rechtsstaatliche und menschenrechtliche Mindeststandards einhält. Die Reform des Sicherheitssektors gehört zu den Bereichen, die von der internationalen Gemeinschaft am stärksten unterstützt werden. Sowohl die EU (über einen Vertrag zum Staatsaufbau) als auch eine Reihe von Agenturen der Mitgliedstaaten engagieren sich in SSR-Programmen (ISSAT/DCAF 2019). Der SSR-Prozess wird von einem SSR-Lenkungsausschuss geleitet, an dessen Spitze das Justizministerium und der Nationale Sicherheitsrat stehen (Mutangadura 2020: 6).

Die Reformen kommen jedoch nur langsam voran. Aufgrund der langsamen Einführung der nationalen Sicherheitspolitik und -strategie sowie der hohen Fluktuation in den zuständigen Ministerien und den verschiedenen Sicherheitsinstitutionen mangelt es an strategischer Koordination (Mutangadura 2020: 16). Das Fehlen einer Führungsrolle der Regierung im Bereich der Sicherheitssektorreform hat es den Geberorganisationen erschwert, Programme und Projekte umzusetzen, die auf den Prioritäten der Regierung beruhen. Dieser Mangel an Koordination hat zu einer Reihe von Schwachstellen in diesem Prozess geführt. Noch wichtiger ist, dass das Fehlen einer neuen Verfassung, die die von 1997 ersetzen würde, ein Haupthindernis für eine wirksame SSR darstellt (Mutangadura 2020:17).

Abgesehen davon war SSR nie ein einfacher Prozess, und es gab tatsächlich einige wichtige Fortschritte im gambischen Sicherheitssektor. Insbesondere wurde eine Reihe von zivilen Aufsichtsgremien eingerichtet und der Nachrichtendienst umstrukturiert, um Missbräuche wie in der Vergangenheit zu erschweren (Mutangadura 2020: 17).

Privater Sektor

Laut dem Investment Climate Statement des US-Außenministeriums (2020) ist die Investitionspolitik Gambias relativ freundlich, mit wenigen Beschränkungen für ausländisches Eigentum außerhalb der Verteidigungsindustrie und allgemein transparenten Vorschriften für ausländische Investitionen. Allerdings verfügt die gambische Investitions- und Exportförderungsbehörde nicht immer über die Vorschriften, um die bestehenden Bestimmungen wirksam umzusetzen (US-Außenministerium 2020). Gambia verfügt über eine Verbraucherschutzbehörde, die den Auftrag hat, unfaire Vorteile vom Markt zu nehmen. Ausländische Unternehmen haben jedoch berichtet, dass Korruption ein Hindernis für ausländische Direktinvestitionen darstellt (US Department of State 2020).

Auf dem Ease of Doing Business Index der Weltbank schneidet Gambia mit einem Rang von 155 relativ schlecht ab. Allerdings hat sich Gambia bei einer Reihe von Indikatoren deutlich verbessert, vor allem bei den Verwaltungsverfahren, dem

Zeitaufwand und den Kosten für die Gründung eines Unternehmens (Weltbank 2020b). Im Index für Unternehmenstransparenz von Ease of Doing Business schneidet Gambia unterdurchschnittlich ab. Der Index, der die Regeln der Länder in Bezug auf die Transparenz von Eigentumsanteilen, Rechnungsprüfungsvorschriften und Gehältern von Führungskräften bewertet, gibt Gambia eine Punktzahl von 0 (auf einer Skala von 0-7). Dies ist ein niedriger Wert im Vergleich zum Subsahara-Durchschnitt von 1,5 (während der Mittelwert der OECD-Länder bei 5,7 liegt). So müssen beispielsweise Jahresabschlüsse von externen Wirtschaftsprüfern geprüft und öffentlich zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig ist die Offenlegung von wirtschaftlichem Eigentum ab einer Schwelle von 5 % nicht erforderlich (Weltbank 2020b: 35).

Extraktive Industrien und natürliche Ressourcen

Die mineralgewinnenden Industrien machen zwar keinen wesentlichen Teil der gambischen Wirtschaft aus, doch hat die Korruption in diesem Sektor in der Vergangenheit lokale Missstände verschärft und die gambische Gesellschaft einen erheblichen Beitrag gekostet (Bah 2020). Der Sandbergbau hat traditionell eine gewisse Rolle in der Wirtschaft gespielt, die jedoch abgenommen hat, seit die Lizenzen der Gambia African Mining International Company und der Alhamdulillah Petroleum and Minerals Company (erstere im wirtschaftlichen Eigentum von Bazzi, letztere im Eigentum von Jammeh) 2017 offiziell eingestellt wurden. Dies geschah nach einem großen, jahrelangen Korruptionsskandal, der den gambischen Staat Millionen von Dalasis an entgangenen Steuereinnahmen und Lizenzgebühren kostete (Darboe 2020; siehe auch Rahman 2019: 12 für eine Beschreibung dieser Ereignisse). Während der Sandabbau zurückgefahren wurde, wurden einige Aktivitäten in diesem Sektor im Jahr 2017 wieder aufgenommen (Darboe 2020).

In der ersten Hälfte des Jahres 2020 verdiente der Rohstoffsektor rund 23 Millionen Dalasis, und die erwarteten Lizenzgebühren aus der Rohstoffindustrie beliefen sich auf 125 Millionen Dalasis (Bah 2020). Diese Zahlen sind nicht sehr aussagekräftig, können aber auch künstlich niedrig sein, weil zu wenig berichtet wird (Bah 2020). Laut Darboe (2020) hat ein Unternehmen namens GACH Mining wesentlich weniger Lizenzgebühren an die Regierung gezahlt, als in der Lizenzvereinbarung vorgeschrieben ist. Angeblich ist der Eigentümer ein Verbündeter von Adama Barrow (Darboe 2020).

Anti-Korruptions-Aktivisten argumentieren, dass noch erheblicher Bedarf besteht, die Regulierungs- und Steuereinzugssysteme transparenter zu gestalten (Bah 2020). So könnte die Regierung beispielsweise eine Datenbank über Rohstoffförderstätten einrichten, die Informationen wie die erwarteten Einnahmen enthält (Bah 2020).

Forscher argumentieren, dass der rechtliche Rahmen für eine stärkere Regulierung der Rohstoffindustrie bereits vorhanden ist; was zumindest in einem ersten Schritt erforderlich ist, ist eine stärkere und kohärentere Anwendung der bestehenden Gesetze (Bah 2020). Quellen behaupten, dass in der Tat Initiativen zur Sammlung und Offenlegung von Informationen über die Einnahmen im Gange sind (Bah 2020). Dazu gehört eine Website, die Auskunft darüber gibt, wie viele Ressourcen jährlich abgebaut werden und welche Einnahmen damit erzielt wurden (Bah 2020).

Neben der inländischen Gewinnung natürlicher Ressourcen ist der Handel mit illegal geschlagenem Rosenholz aus dem Senegal nach wie vor ein großes Problem. Berichten zufolge wurden zwischen 2012 und 2020 mehr als 1,6 Millionen Bäume im Senegal illegal gefällt, um sie nach Gambia zu schmuggeln und von dort aus zu exportieren (Bah 2020). Die Nutzung des gambischen Territoriums als Transitland für den illegalen Schmuggel und nicht für legale Exporte hat das Land schätzungsweise 471 Millionen US-Dollar an Einnahmen gekostet (Bah 2020). Die Beteiligung staatlicher Akteure an diesem kriminellen Markt kann wirksame rechtliche Maßnahmen untergraben (Bah 2020). Nach Angaben der Globalen Initiative gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (2020) ist der größte kriminelle Markt in Gambia die Blumenkriminalität (z. B. der Holzhandel).

Rechtlicher und institutioneller Rahmen zur Korruptionsbekämpfung

Gambia hat das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Korruption (UNCAC), das Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen die grenzüberschreitende organisierte Kriminalität und das Übereinkommen der Afrikanischen Union zur Verhütung und Bekämpfung der Korruption ratifiziert. Sowohl der rechtliche als auch der institutionelle Rahmen der Korruptionsbekämpfung in Gambia muss jedoch noch vollständig an die in diesen Verträgen und anderen globalen Verpflichtungen festgelegten Standards angepasst werden.

Rechtlicher Rahmen zur Korruptionsbekämpfung

Der Anti-Korruptionsrahmen Gambias ist immer noch ein "work in progress", ähnlich wie vor mehr als zwei Jahren (siehe Rahman 2019: 13).

Die wichtigsten Gesetze zur Korruptionsbekämpfung sind die Verfassung (1997), das Gesetz über die gambische Antikorruptionskommission (2012), das gambische Strafgesetzbuch, die Strafprozessordnung und das Gesetz zur Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (2012).

Die Verfassung von 1997 verbietet es theoretisch, dass eine wegen Korruption verurteilte Person für hochrangige Ämter wie das Präsidentenamt kandidiert (Rahman 2019: 13). In der Praxis wurde die Verfassung jedoch in den letzten zwei Jahrzehnten größtenteils ignoriert, da es Regime-Insidern oft gelang, sie mit Bestimmungen zu ändern, die nicht mit demokratischen Normen in Einklang standen (Nabaneh 2020).

Derzeit wird die Verfassung Gambias im Rahmen des Ausschusses für die Überprüfung der Verfassung umfassend überarbeitet. Der Ausschuss für die Überprüfung der Verfassung legte 2019 einen neuen Verfassungsentwurf vor, der eine Reihe von Maßnahmen zur Stärkung der Demokratie vorsieht, darunter mehr Beschränkungen für die Exekutive (z. B. Amtszeitbeschränkungen für den Präsidenten), die Regelung von Geschenken an Amtsträger, die politische Integrität und die Integrität bei Wahlen, die Einrichtung einer unabhängigen Antikorruptionskommission und die Aufnahme einer Bill of Rights (Nabaneh 2020).

Im Jahr 2020 brachte die Kommission den Gesetzentwurf zur Verkündung der Verfassung ins Parlament ein. Damit wäre die Ratifizierung einer neuen Verfassung in einem landesweiten Referendum möglich gewesen (Nabaneh 2020). Der Gesetzentwurf wurde jedoch von der Nationalversammlung abgelehnt. Angeblich spielten dabei die Bedenken der derzeitigen Regierung eine Rolle (Nabaneh 2020).

Mit dem Anti-Korruptionskommissionsgesetz (2012) wurde die Anti-Korruptionskommission eingerichtet und es werden Strafen für Beamte festgelegt, die in Korruption verwickelt sind. Beamte, die gegen das Gesetz verstoßen, können mit einer Haftstrafe von bis zu fünf Jahren belegt werden (Larboe 2012). Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass die Antikorruptionskommission effizient arbeitet oder ihr Mandat erfolgreich ausführt.

Im Jahr 2017 äußerte Barrow die Absicht, neue Gesetze zu erlassen, um den gambischen Rechtsrahmen zur Korruptionsbekämpfung auf den neuesten Stand zu bringen. Einer der ersten Gesetzesentwürfe war das Anti-Korruptionsgesetz (Rahman 2019). Nach etwas mehr als zwei Jahren der Ausarbeitung wurde das Anti-Korruptionsgesetz im Dezember 2019 in die Nationalversammlung eingebracht (Waan 2021). Mit dem Gesetzentwurf wird eine neue nationale Anti-Korruptions-Kommission geschaffen und das Gesetz von 2012 aktualisiert. Im März 2021 befindet sich das lang erwartete Gesetz jedoch immer noch in der dritten Lesung (Waan 2021). Die Tatsache, dass der Gesetzgeber diesen wichtigen Rechtsakt noch nicht verabschiedet hat, sollte Anlass zur Sorge geben.

Eine wichtige Entwicklung ist die kürzliche Verabschiedung des Gesetzes über den Zugang zu Informationen durch die Nationalversammlung von Gambia, das weithin als wichtiger Meilenstein auf dem Weg zu einer echten Demokratie in der Ära nach Jammeh angesehen wurde (Media Foundation for West Africa 2021; Gambia press Union 2021).

Ein weiterer erwähnenswerter Rechtsakt ist das Gesetz zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung aus dem Jahr 2012 (Anti-Money Laundering and Combating of Terrorist Financing Act). Das Gesetz legt eine Reihe von Straftaten im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung fest und stellt neue Anforderungen an Finanzinstitute, wie etwa die Verpflichtung, verdächtige Transaktionen zu melden (Kargbo 2014).

Was die Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung betrifft, so wurde der letzte Follow-up-Bericht zur gegenseitigen Evaluierung in Gambia im Jahr 2014 vorgelegt. Der Bericht wies auf einige erhebliche Mängel hin und stellte fest, dass Gambia nur 12 der Empfehlungen entweder teilweise oder gar nicht erfüllt hatte (siehe GIABA, ohne Datum). In Anbetracht der Rolle von Hisbollah-Aktivisten in der politischen Wirtschaft Gambias unter Jammeh ist dies nicht so überraschend.

Institutioneller Rahmen für die Korruptionsbekämpfung

Die Anti-Korruptions-Kommission

Die Anti-Korruptions-Kommission wurde 2012 eingerichtet und nahm 2015 ihre Arbeit auf. Sie untersucht Korruptionsdelikte und leitet Fälle an die Staatsanwaltschaft weiter. Die Antikorruptionskommission ist auch für das Einfrieren und Einziehen von Korruptionserlösen und die Bestrafung von Beamten zuständig, die sich der Korruption schuldig gemacht haben. Darüber hinaus ist sie für die Umsetzung und Überwachung von Verfahren zur Korruptionsprävention in öffentlichen Einrichtungen zuständig und empfiehlt Maßnahmen in Fällen, in denen Beamte gegen ethische Standards verstoßen haben (Larboe 2012). Die Antikorruptionskommission scheint keine Website zu haben, und es ist unklar, welche Aktivitäten sie derzeit durchführt, wenn überhaupt. Wenn das Anti-Korruptionsgesetz von 2019 verabschiedet wird, wird das Land wahrscheinlich eine neue Anti-Korruptionskommission haben.

Das Büro des Ombudsmannes

Der gambische Ombudsmann wurde 1997 eingerichtet. Das Amt hat den Auftrag, mutmaßliche oder angebliche Misswirtschaft, Rechtsverletzungen und Korruption durch öffentliche Bedienstete zu untersuchen. Das Büro des Ombudsmanns nutzt die Ergebnisse seiner Untersuchungen, um Empfehlungen für geeignete Abhilfemaßnahmen auszusprechen. Er hat auch das Recht, Korrekturmaßnahmen auf einer strategischen Ebene zu empfehlen, um die zugrundeliegenden Probleme anzugehen, die überhaupt erst zu dem mutmaßlichen Missbrauch geführt haben.

Während des vorherigen Regimes war der Ombudsmann weitgehend nicht in der Lage, sein Mandat auszuüben. Die neue Regierung hat der Institution jedoch einen besseren Zugang und mehr Freiheit von Einmischung garantiert (Rahman 2019). In den letzten Jahren hat das Büro des Ombudsmanns ein Online-Beschwerdeformular eröffnet, das es den Bürgern erleichtern soll, Beschwerden gegen Institutionen einzureichen.

Die Finanzfahndungsstelle

Die gambische Finanzfahndungsstelle wurde im Jahr 2014 eingerichtet. Die FIU ist für die risikobasierte Aufsicht zuständig, untersucht Straftaten im Zusammenhang mit Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und berät die Regierung in Fragen der AML-CFT. Sie ist derzeit Nutznießer einer Reihe internationaler Programme zum Aufbau von Kapazitäten, darunter auch von der Afrikanischen Entwicklungsbank finanzierte Programme. Auch Geber wie die deutsche Regierung haben die gambische FIU unterstützt (Sowe 2021).

Nationaler Rechnungshof

Das National Audit Office ist die oberste Rechnungsprüfungsbehörde Gambias. Er wurde durch das Gesetz über den nationalen Rechnungshof (2015) eingerichtet und soll sicherstellen, dass die öffentlichen Ausgaben für die vorgesehenen Zwecke verwendet werden und den gambischen Bürgern gegenüber rechenschaftspflichtig sind. Sie soll jährliche Berichte für die Öffentlichkeit veröffentlichen. Der letzte öffentlich zugängliche Prüfbericht stammt jedoch aus dem Jahr 2016. Der Auditor General wird vom Präsidenten ernannt (NAO 2021). Die Institution scheint jedoch politisch unabhängig zu handeln und ist dafür bekannt, die Regierung dafür zu kritisieren, dass sie nicht auf die Empfehlungen in ihren Berichten reagiert (siehe z. B. Bah 2020b).

Die Wahrheits-, Versöhnungs- und Rückführungskommission (Truth, Reconciliation and Repatriations Commission, TRRC)

Die TRRC ist zwar keine Institution zur Korruptionsbekämpfung im eigentlichen Sinne, hat aber die Aufgabe, den Prozess der Übergangsgerechtigkeit in Gambia zu unterstützen. Dazu gehört die Untersuchung und Kartierung des Ausmaßes der während der Herrschaft Jammehs begangenen Menschenrechtsverletzungen und die Förderung der nationalen Aussöhnung, beispielsweise durch Wiedergutmachung und Strafverfolgung (TRRC, ohne Datum).

Andere Akteure

Zivilgesellschaft

Ein Jahr nach dem politischen Übergang berichtete CIVICUS (2018), dass sich die Bewertung des zivilgesellschaftlichen Raums in Gambia von "unterdrückt" auf "behindert" verbessert hat, da die neue Regierung den Raum für die Zivilgesellschaft geöffnet und die Menschenrechtssituation im Land erheblich verbessert hat. Insgesamt hat sich der Dialog zwischen den Organisationen der Zivilgesellschaft (CSO) und den politischen Entscheidungsträgern in den letzten Jahren erheblich verbessert.

Die Rechte auf freie Meinungsäußerung, Versammlungs- und Religionsfreiheit haben sich seit dem Regimewechsel im Jahr 2017 deutlich erweitert (Freedom House 2021). Menschenrechtsverteidiger in Gambia haben berichtet, dass die neue Regierung einen offeneren zivilen und politischen Raum geschaffen hat. Allerdings sind die Meinungs- und Versammlungsfreiheit aufgrund fehlender Reformen und des Gesetzes über die öffentliche Ordnung weiterhin eingeschränkt (Saidykhan 2020).

In Gambia gibt es eine Reihe von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die sich für die Korruptionsbekämpfung einsetzen. Gambia Participates beispielsweise ist die führende gambische NRO, die sich durch Lobbyarbeit, Engagement an der Basis und politischen Dialog für die Transparenz der Regierung und die Korruptionsbekämpfung einsetzt. Eine ihrer jüngsten Errungenschaften ist ein Sieg vor dem Obersten Gerichtshof, wo sie die Verfassungsmäßigkeit einer Darlehensregelung im Staatshaushalt zum persönlichen Nutzen von Parlamentsmitgliedern und -mitarbeitern angefochten hat (Cham 2020).

Das Centre for Research and Policy Development-The Gambia ist eine unabhängige gemeinnützige Organisation, die sich für eine integrative demokratische Regierungsführung in Gambia einsetzt. Zu seinen Initiativen gehören Gambia Watch, das versucht, die Bürgerinnen und Bürger über legislative Themen zu informieren, und Gambia Decides, das die Integrität des gambischen Wahlprozesses fördert. Die Organisation hat sich auch mit Gambia Participates in dem Verfahren vor dem Obersten Gerichtshof zusammengetan, bei dem es um die Anfechtung des Parlamentsbeschlusses zur Einführung eines Darlehensprogramms ging.

Africa in Democracy and Good Governance ist eine weitere Nichtregierungsorganisation, die sich für die Förderung demokratischer Grundsätze und guter Regierungsführung in Gambia einsetzt. Sie befasst sich mit Aktivitäten in den Bereichen Demokratie, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte.

Das African Centre for Democracy and Human Rights Studies (Afrikanisches Zentrum für Demokratie- und Menschenrechtsstudien) ist eine unabhängige, gemeinnützige regionale Menschenrechts-NRO mit Sitz in der gambischen Hauptstadt Banjul. Sie hat sich mit verschiedenen Themen im Zusammenhang mit der Staatsführung und den Menschenrechten in Gambia und anderen afrikanischen Ländern befasst.

Auch internationale NRO haben begonnen, ihre Aktivitäten im Lande zu verstärken. So arbeitet das National Democracy Institute mit der Regierung und den Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen, um die Transparenz und Rechenschaftspflicht der Regierung zu erhöhen. Zu seinen aktuellen Projekten gehören die Zusammenarbeit mit dem Präsidialamt in Gambia, um die Bürger besser über dessen Prioritäten, Politik und Maßnahmen zu informieren, die Stärkung der Kapazitäten der Zivilgesellschaft zur Wahlbeobachtung sowie die Förderung der Friedenskonsolidierung und des politischen Engagements (National Democracy Institute 2021).

Aus Berichten von CIVICUS geht jedoch hervor, dass sich die Dynamik der zivilgesellschaftlichen Akteure in letzter Zeit verlangsamt hat. So setzte die Polizei 2019 Berichten zufolge erhebliche Gewalt ein, um Bürger auseinanderzutreiben, die gegen die angebliche Tötung eines Verkäufers durch einen Polizisten protestierten (CIVICUS 2019). Bei einem weiteren Protest am 26. Januar 2020, bei dem der neue Präsident zum Rücktritt aufgefordert wurde, kam es Berichten zufolge zu Gewalttätigkeiten, bei denen 137 Demonstranten festgenommen, Dutzende verletzt und zwei Radiosender gesperrt wurden (CIVICUS 2020a).

Am 17. Juni 2020 wurde der Landesvertreter der Westminster Foundation for Democracy, Madi Jobarteh, festgenommen und wegen Verbreitung von Fehlinformationen angeklagt, was einen Aufschrei unter den Akteuren der Zivilgesellschaft auslöste (CIVICUS 2020b; Jeffang 2020). Die Anklage wurde später nach einem Treffen zwischen der gambischen Polizei, der nationalen Menschenrechtskommission, der gambischen Anwaltskammer und dem Verband der Nichtregierungsorganisationen fallen gelassen (CIVICUS 2020b).

Medien

Die derzeitige Regierung hat versprochen, ein günstigeres Umfeld für unabhängige Medienorganisationen und Journalisten zu schaffen. Es gibt Hinweise darauf, dass sie dieses Versprechen größtenteils eingehalten hat, indem sie Medienmonopole aufgehoben und die Kriminalisierung von Verleumdung beendet hat (Reporter ohne Grenzen 2020a). Die Medienlandschaft hat sich seit Jammehs Abgang diversifiziert: Es gibt jetzt vier Tageszeitungen, eine Dreiwochenzeitung, 33 Radiosender, sechs Fernsehsender und zahlreiche Nachrichten-Websites (Reporter ohne Grenzen 2020b).

Auf dem Pressefreiheitsindex von Reporter ohne Grenzen ist Gambia in den letzten Jahren kontinuierlich aufgestiegen. Im Jahr 2015 rangierte Gambia in Bezug auf die Pressefreiheit auf Platz 151 von 180 Ländern und verbesserte sich deutlich auf Platz 87 von 180 Ländern im Jahr 2020. Medienhäuser wie Malagen konnten auch ungehindert über Korruption in der Regierung berichten, etwa über Korruptionsvorwürfe im Zusammenhang mit der COVID, in die das Büro des Präsidenten verwickelt ist (Darboe 2021c), und darüber, wie "Investoren" sich mit korrupten Mitteln Zugang zur Exekutive verschaffen (Darboe 2020d).

Im Jahr 2020 verabschiedete das gambische Parlament einen Gesetzentwurf, der eine Subvention in Höhe von 15 Millionen Dalasi (etwa 300.000 US-Dollar) für Printmedien und Radiosender im Land vorsah. Eine separate Subvention war auch für Fernsehsender vorgesehen. Nach Angaben von Reporter ohne Grenzen (2020b) war dies das erste Mal seit 1965, dass die Medien eine solche Unterstützung von der Regierung erhielten. Gleichzeitig müssen jedoch die vom früheren Regime eingeführten repressiven Mediengesetze über Verleumdung und strafrechtliche Verunglimpfung noch abgeschafft werden.

Der derzeitige gesetzliche Rahmen in Gambia garantiert die Pressefreiheit nicht ausreichend und ermöglicht es der Regierung in gewissem Maße, die Medien zu unterdrücken (Reporter ohne Grenzen 2020a). Die Medienfreiheit wurde seit 2017 mehrfach verletzt, und Journalisten in Gambia berichten, dass sie eine Welle von Belästigungen und Übergriffen durch Anhänger der Regierung erlebt haben (Jeffang 2020). Im Jahr 2020 wurden zwei Radiosender für mehr als einen Monat geschlossen und zwei Journalisten verhaftet, möglicherweise weil sie über eine Kundgebung der Opposition berichtet hatten (Reporter ohne Grenzen 2020a). Damit wurden die Träume hoffnungsvoller Journalisten zunichte gemacht, die 2018 von einer "... Ära der Pressefreiheit" sprachen (Muvunyi 2018). Der Präsident der gambischen Pressegewerkschaft sagte, die jüngsten Verstöße seien ein "... großer Rückschritt" (Bajong in Mwakideu 2020).

Die jüngste Afrobarometer-Umfrage (2021) ergab, dass mehr als acht von zehn Gambiern der Meinung sind, die Medien seien "völlig frei" (46 %) oder "einigermaßen frei" (36 %), um ohne Zensur oder Einmischung der Regierung über Nachrichten zu berichten und diese zu kommentieren. Mehr als zwei Drittel (68 %) sind auch der Meinung, dass die Medien frei sein sollten, ihre Ansichten ohne staatliche Kontrolle zu veröffentlichen. Die Mehrheit ist jedoch der Meinung, dass die Regierung in der Lage sein sollte, die Verbreitung von Falschnachrichten oder -informationen (85 %), Hassreden (84 %) und Informationen oder Meinungen, die den Präsidenten kritisieren oder beleidigen (76 %), einzuschränken oder zu verbieten. Etwa 42 % der Befragten gaben an, dass sie

Einschränkungen gegen Informationen oder Meinungen, die die Regierung missbilligt, befürworten (Afrobarometer 2021).

Fazit

Der politische Übergang im Jahr 2017 wurde als Beginn einer neuen Reise in Gambia angesehen. Die neue Regierung hat zwar einen ermutigenden Anfang auf dem Weg zu einer guten Regierungsführung gemacht, doch viele ihrer Versprechen müssen noch umgesetzt werden. Wichtige Gesetzesentwürfe wie das Anti-Korruptionsgesetz und der Verfassungsentwurf müssen noch verabschiedet werden. Die große Korruption, die während der Ära Jammeh begangen wurde, ist von der Janneh-Kommission untersucht und dokumentiert worden, aber es ist immer noch nicht klar, inwieweit sie vollständig aufgearbeitet werden wird. Zu den bemerkenswerten Entwicklungen gehören die größere Unabhängigkeit der Justiz und die Ausweitung des zivilgesellschaftlichen Raums. Obwohl die neue Regierung zunächst einen guten Start in Bezug auf die Freiheiten der Bürger und der Medien hatte, gibt es Anzeichen für einen Rückschritt, da es nachweislich vermehrt zu Misshandlungen von Aktivisten der Zivilgesellschaft und Journalisten kommt.

References

Africa Freedom of Expression Exchange. 2020. [The Gambia Embarks on Journey to Adopt ATI Law](#). July 8.

African Development Bank 2021. [Gambia Economic Outlook](#).

Afrobarometer 2018. [Half of Gambians Perceive Decrease in Corruption Over the Past Year](#).

Afrobarometer 2019. [Gambians With Clear Message to Government: Focus on Service Delivery](#). October 2019.

Afrobarometer. 2021. [Gambians Support Media Freedom but Want Government to Prevent False News and Hate Speech](#), Afrobarometer Survey Shows.

Agence de Presse Africaine. 2020. [Gambian Minister makes sensational Covid-19 corruption claims](#). May 17.

Akwei I. 2017. [Exiled Jammeh's assets frozen, accused of stealing over \\$50m state funds](#). AfricaNews, May 23.

Associated Press. 2020. [US Authorities Move to Seize Ex-Gambia Dictator's Mansion](#). July 16.

Bah, M. 2020. [Gambia: Government Urged to Be More Transparent With the Extractive Industry](#). AllAfrica, October 23.

Bah, M. 2020b. [Auditor General Laments Gov't Inaction on Recommendations](#). The Standard, August 25.

Bah, O. 2021. [Corruption: Activists say Barrow has not learned from Jannah Commission](#). The Standard, February 2.

BTI 2020. [The Gambia](#). Bertelsmann Stiftung.

Cham, K. 2021. [Gambia's Top Court Declares MPs' Personal Loans as Unconstitutional](#). The East African.

CIVICUS. 2018. [Improvement of Civic Space Ratings But Violations Still Occur](#).

CIVICUS. 2019. [Several Arrested During Protests](#)

CIVICUS. 2020a. [Three Years Jotna Protest: 137 Arrested, Two Radio Stations Shut Down, Protest Movement Banned](#)

CIVICUS. 2020b. [Charges Against Hrd Madi Jobarteh Dropped, Gambia Closer To An Access To Information Law](#).

Darboe, M. 2020. [Gov't GACH and Mining for minerals: Where are the \\$ millions](#). Malagen, June 13.

Darboe, M. 2021a. [Gambia: How Jammeh Weaponized the Law](#). JusticeInfo, April 8.

Darboe, M. 2021b. [Gambia: Jammeh's Justice and the Shadow of Bensouda](#). JusticeInfo, May 13.

Darboe, M. 2020c. [Inside Malagasy 'Miracle Covid Cure' Donation that Costs Gambia D2.2M](#). Malagen

Darboe, M. 2020d. [Investors Who Do Not Invest: How They Access State House, Lands, Diplomatic Passports and Love](#). Malagen

Freedom House. 2020. [Gambia. Freedom in the World 2020](#).

Gambia Press Union. 2021. [Gambia Press Union Welcomes the Passing of Access to Information Bill 2021](#).

GIABA. no date. [Gambia: Mutual Evaluation and Follow Up Reports](#).

Global Initiative Against Transnational Organized Crime. 2020. [Gambia](#).

Gray, C. 2018. [Legal Aid and Access to Justice in The 'New Gambia': A Case for Strengthening the Implementation of the Legal Aid Act](#). Gambia Law Review 1(1), pp. 45-67.

Grey-Johnson, J. 2019. [In Gambia, the Old President's Men Are the New President's Men](#). The Africa Report, March 29.

ISSAT/DCAF. 2019. [Security Sector Reform in the Gambia \[video\]](#). November 18.

U4 Anti-Corruption Helpdesk

Overview of corruption and anti-corruption in the Gambia

- Jagger, C. [Restoring Trust: Toward a People-Centric Security Sector in The Gambia](#). DAI, February 14.
- Janko, S. 2021. [Supreme Court rules Yanks has no Constitutional Immunity](#). The Point, January 28.
- Janneh Commission. 2019a. [The Janneh Commission White Paper](#). September 13.
- Janneh Commission. 2019b. [Volume 1 and 2: General Introduction and Ex-President Jammeh's Financial Dealings and Corruption \(Bank Accounts\)](#). Ministry of Justice, March 19.
- Janneh Commission. 2019c. [Volume 9: Individual Responsibility for Civil and Criminal Wrongs](#). Ministry of Justice, March 19.
- Jaw, S. and Isbell, T. 2020a. [Citizen engagement in Gambia: Enough to secure democratic gains?](#) Afrobarometer.
- Jaw, S. and Isbell, T. 2020b. [All in this Together? Social Tensions in the Post-Jammeh Gambia](#). Afrobarometer, November 9, 2020.
- Jeffang, K. 2020. [Gambian CSOs Warn against Looming Dictatorship](#).
- Kargbo, O. 2014. [Tackling Money Laundering and Terrorism Financing in the Gambia](#). April 2.
- Larboe, L. 2012. [Anti-Corruption Commission Bill enacted](#). The Point, June 29.
- MacLean, R. and Jammeh, S. 2019. [Gambia's Joy Gives Way to Sinking Distrust as Barrow Clings to Power](#). The Guardian, September 23.
- MacLean, R. and Jammeh, S. 2019. ['A Killer is Always a Killer': Gambia Gripped by Junglers' Testimony](#). The Guardian.
- Media Foundation for West Africa. 2021. [MFWA welcomes passing of Access to Information Bill in The Gambia, Calls for Continuous Engagement](#).
- Mo Ibrahim Foundation. 2020. [Ibrahim Index of African Governance 2020](#).
- Mutangadura, C. 2020. [Security Sector Reform in The Gambia: What is at stake?](#) Institute for Security Studies. West Africa Report: 31, November 2020.
- Muvunyi, F. 2018. [The Gambia: A New Era of Press Freedom](#). Deutsche Welle, May 2.
- Mwakideu, C. 2020. [Gambian president rolls back press freedom](#). Deutsche Welle, January 31.
- Nabaneh, S. 2020-. [Attempts at Constitutional Reform in The Gambia: Whither the Draft Constitution?](#). IACL-AIDC Blog, September 29
- National Democratic Institute. 2021. [The Gambia Program One-Pager](#)
- The Point. 2014. [Jammeh Explains Recent Changes in Judiciary](#). March 10.
- Rahman, K. 2019. [The Gambia: Overview of Corruption and Anti-corruption](#). Transparency International, January 22.
- Reporters Without Borders. 2020a. [Gambia](#).
- Reporters Without Borders. 2020b. [Gambia Still Needs to Address Challenges to Press Freedom](#).
- Rickard, C. 2019. [Good News - and Bad - For African Judiciary Charged with Wrong-Doing](#).
- Saidykhan, M.L. 2020. [Three Years on the Go: A Reflection on the Status of Civic Space in The Gambia After the Removal of Jammeh](#). The Chronicle
- Shaban, A. 2018. [The Gambia Adopts First Post-Jammeh National Development Plan](#). AfricaNews, February 8.
- Sharife, K. 2018. [The Gambian Government Continues Controversial Contract](#). Organised Crime and Corruption Reporting Project, July 19.
- Sharife, K. and Anderson, M. 2019. [How Yahya Jammeh Stole a Country](#). Organised Crime and Corruption Reporting Project.
- Smith, J. 2020. [Gambia's Growing Pains Should Not Overshadow Progress](#). Vanguard Africa Foundation, January 29.

U4 Anti-Corruption Helpdesk

Overview of corruption and anti-corruption in the Gambia

Sowe, N. 2021. [GIABA-GIZ Organises Financial Intelligence Analysis Course for Regional FIUs](#). Foroyaa, February 23.

Sowe, N. 2021b. [Minister Sillah Says Government Committed to Access to Information Bill](#). Gambia News.

Transparency International. 2019. [Global Corruption Barometer: Africa 2015-2019](#).

UNDP. 2020. [Human Development Report 2020: Gambia](#).

US Department of State. 2020. [2020 Investment Climate Statements: The Gambia](#).

US Treasury. 2020. [Treasury Targets Support to Designated Corrupt Actors](#), September 15.

Waan, S. 2021. [Gov't, Lawmakers Tasked to Demonstrate Political Will on Pending Anti-Corruption Bill](#). The Point, March 12.

World Bank 2018. [Gambia Country Profile](#).

World Bank 2020. [Worldwide Governance Indicators](#).

DISCLAIMER

All views in this text are the author(s)' and may differ from the U4 partner agencies' policies.

PARTNER AGENCIES

GIZ/BMZ (Germany), Global Affairs Canada, Ministry for Foreign Affairs of Finland, Danida (Denmark), Sida (Sweden), SDC (Switzerland), Norad (Norway), UK FCDO.

ABOUT U4

The U4 anti-corruption helpdesk is a free research service exclusively for staff from U4 partner agencies. This service is a collaboration between U4 and Transparency International (TI) in Berlin, Germany. Researchers at TI run the helpdesk.

The U4 Anti-Corruption Resource Centre shares research and evidence to help international development actors get sustainable results. The centre is part of Chr. Michelsen Institute (CMI) in Bergen, Norway – a research institute on global development and human rights.

www.U4.no
U4@cmi.no

KEYWORDS

corruption – anticorruption– The Gambia

OPEN ACCESS

We apply a Creative Commons licence to our publications: CC BY-NC-ND 4.0.

